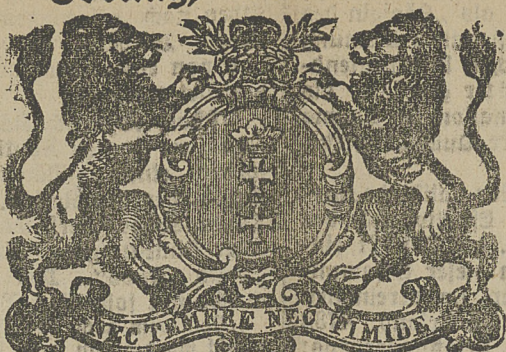


Danziger



Beitung.

No 17325.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Retherrgasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Der Besuch des Kaisers in Rom

Ist von einer weltgeschichtlichen Bedeutung. Seitdem Rom im Jahre 1870 von den Italienern besetzt und zur Hauptstadt des jungen Königreichs erhoben worden ist, kam noch kein europäischer Monarch nach Rom; auch keiner von den zwei ersten deutschen Kaisern. Friedrich III. wollte zwar als Kronprinz in der italienischen Hauptstadt, im Herbst 1883, als er von der spanischen Reise zurückkehrte, aber nicht als Kaiser. Als die Krone auf sein Haupt überging, wollte er allerdings in Italien; aber nur, um es in rascher Reise als todkrank Mann durch Sturm und Eis nach einer flüchtigen Begrüßung mit seinem „besten Freunde“, wie sich König Humbert nannte, zu verlassen. Kaiser Wilhelm I. ist gleichfalls nicht nach Rom gekommen; seine Reise nach Italien ging s. Z. nur bis Mailand. Die Frage der ausdrücklichen Anerkennung Roms als Hauptstadt Italiens seitens der deutschen Kaiser war somit noch immer ungeklärt. Erst der gestrige Tag hat nun die letzten Zweifel daran zerstreut, daß Deutschland aufrichtig und ohne jeden Rückhalt die jetzige Situation, die Annexion Roms durch Italien, das Königreich mit Rom als Hauptstadt, das Papstthum ohne Rom, ohne weltlichen Besitz anerkennt. Alle liberalen Blätter Roms bringen demgemäß sympathische, theilweise begeisterte Festartikel. Sie betonen stark die von der clericalen Presse ebenso stark geleugnete gegen das weltliche Papstthum gerichtete Bedeutung des Tages. Namentlich weisen sie auf den Abgrund zwischen dem Verhältnis des Papstthums zum alten katholischen heiligen römischen Reich und zum neuen protestantischen Deutschland hin.

Die clericalen Presse ist natürlich anders gestimmt, und auch in Deutschland machen sich auf dieser Seite grobende Stimmen laut. So schreibt die Berliner „Germania“ erbittert:

Die Vererbung des Papsttums, insbesondere ihr letzter Abschluß in der Occupation der heiligen und ewigen Stadt, des Sitzes des Papstthums und aller centralen Kirchenbehörden, ist nicht bloß ein Verbrechen, sondern auch ein Verbrechen, wie in den Mitteln, mit welchen jene Occupation durchgeführt wurde, sondern sie ist ein Sacrilège, eine schwere Verübung gegen das Heilige und den erhabenen Aufgaben der Kirche.

Sollen nicht Gerechtigkeit und Gerechtigkeit leere Worte werden in den öffentlichen Verhältnissen Europas, soll nicht die Revolutionäre aller Art, auch den socialistischen, ein Freibrief ausgestellt werden für alle ihre Ziele und verbrecherischen Mittel, so bedarf vor allem der Raub Roms eine Gültigkeit, und soll nicht allmählich die Unabhängigkeit und Freiheit des päpstlichen Stuhls thätlich und in dem Glauben der Regierungen und Völker immer mehr schwinden, so ist die Zurückgabe der ewigen Stadt und einer souveränen weltlichen Herrschaft nothwendig.

Der jezt in Rom und seinem Gebiete bestehende Zustand ist kein rechtlicher, sondern der einer einseitigen thätlichen Usurpation.

Wenn Sr. Majestät der Kaiser aus Gründen, die wir nicht kennen, den König von Italien, was bis jetzt alle Monarchen aus guten Gründen vermeiden haben, gerade in Rom besucht, so wird dieses factische Domicil des Königs von Italien dadurch nicht zu einem rechtlichen, selbst dann nicht, wenn der Kaiser es wollte, da nur Papst und Kirche eine solche Veränderung der Rechtslage schaffen könnten, und außerdem außer Deutschland und Preußen doch auch noch viele andere Staaten in der christlichen Welt sind.

Die „Germania“ klammert sich schließlich an die Thatsache, daß der Kaiser nicht vom Quirinal, sondern von der extramuralen preussischen Gesandtschaft aus, in eigener Equipage und dergl. seinen Besuch im Vatican macht, um zu beweisen,

daß der Kaiser erfüllt sei von „Rücksichtnahme auf den päpstlichen Protest gegen die Thatsachen in Rom“ — eine Auffassung, die freilich nur wenig durchschlagend kann. Jede Intrigue gegen den modernen Staat ist vergeblich, ruft triumphirend angesichts des Kaiserbesuchs „Populo Romano“ aus. Und es dürfte Recht haben. Heute gingen uns über die Ereignisse in Rom noch folgende Depeschen zu:

Rom, 12. Oktbr. (W. Z.) Der Kaiser besuchte gestern Abend 6¼ Uhr den Herzog und die Herzogin von Aosta, die Herzogin-Wittve von Genua, deren Sohn den Herzog von Genua und dessen Gemahlin. Der Bürgermeister erließ Abends eine Bekanntmachung, worin der Einwohner der Stadt mitgeteilt wird, der Kaiser Wilhelm sei tief gerührt von den Zeichen der Zuneigung und Sympathie, die ihm bei seiner Ankunft zu Theil geworden; der Kaiser beauftragte ihn, der gesamten Bevölkerung für die imposanten Subsidigungen zu danken. Die Stadt war Abends glänzend illuminiert. Vor dem Quirinal waren bis in die späten Abendstunden immer neue festlich bewegte Menschenmassen versammelt.

Rom, 12. Oktober. (W. Z.) Unter den dem Kaiser gestern vorgestellten Persönlichkeiten befanden sich auch die Ritter des Annunziatenordens, die Präsidenten des Senats und der Kammer, die Minister, ausgenommen den Ministerpräsidenten, den Kriegsminister und den Marine-Minister, welche dem Kaiser bereits auf dem Bahnhofs vorgestellt worden waren. Der Kaiser drückte allen die Hand und richtete huldvolle Worte an sie. Bei der Vorstellung Crispis soll der Kaiser des letzten Besuchs desselben in Friedrichsruhe gedacht und einige Worte über das befriedigende Ergebnis desselben hinzugefügt haben. Wiederholt äußerte der Kaiser, daß er von dem überaus herzlichen Empfang sehr gerührt sei.

Politische Uebersicht.

Danzig, 12. Oktober.

Kaiser Friedrich und die Wahlfreiheit.

In einer freisinnigen Wähler-Versammlung in Stettin am 9. Oktober hat der Abg. Brömel einen mit großem Beifall aufgenommen Vortrag über die gegenwärtige politische Situation und die bevorstehenden Landtags-Wahlen gehalten. Herr Brömel erinnerte daran, daß die National-liberalen nicht in der Lage gewesen seien, energisch gegen die Puttkamer'schen Wahlbeeinflussungen Einspruch zu erheben, weil sie schon bei den Wahlen von 1885 der Unterstützung des ganzen Regierungsapparats einen großen Theil ihrer Wählerfolge verdankt hätten. „Sie haben schweigen müssen“, fuhr Herr B. fort, „weil sie sich selbst schuldig gemacht. In dieser Situation war es nun der unvergeßene und unvergeßliche Kaiser Friedrich, der für das Recht des Volkes eintrat. Wenn Kaiser Friedrich sich damals entschloß, ehe er die Gesetze über die Verlängerung der Wahlperioden unterzeichnete, für die Festlegung der Wahlfreiheit einzutreten, so hat er damit die Gründe vorgelegt, mit welchen die Cartellparteien

behaupteten: Verlängerung der Wahlperioden und Wahlfreiheit haben nichts mit einander zu thun. Als die deutschfreisinnige Partei den Versuch machte, eine Kräftigung der verfassungsmäßigen Stellung der preussischen Wähler zu schaffen, besonders auch durch die Einführung der geheimen Abstimmung, da wurde sie durch die vereinigten Cartellparteien nicht nur überstimmt, sondern auch niedergestimmt. Wir haben es nicht einmal durchsetzen können, daß unser Antrag zu einer sachlichen Erörterung gelangte, weil die Mehrheit beschloß, daß nach der Geschäftsordnung ein solcher Antrag nicht verhandelt werden dürfe. Die Cartellmehrheit behauptete, daß bei der Verlängerung der Wahlperioden es möglich wäre, die traurige Aufregung des Kampfes möglichst zu mildern. Der deutsche Kaiser Friedrich stellte dagegen die Forderung voran, daß vor allen Dingen darauf zu sehen sei, daß die Wähler im Stande seien, ihren Ansichten ungehemmt Ausdruck zu geben, damit die Ansichten der Wähler mit denen des Parlamentes übereinstimmen.

So ganz leicht hat sich damals die Sache allerdings nicht abgepielt. Es bedurfte einer gewissen Klarstellung aller dieser Verhältnisse, ehe der Sturz des Ministers der Wahlbeeinflussungen erfolgen konnte. Hier waren es beinahe allein die Freisinnigen, welche die Last des Kampfes auf sich nahmen, um vor den Augen des Monarchen die im Lande bestehenden Schäden aufzudecken. Sie allein haben die Wahlbeeinflussungen verfolgt und aufzuheben gesucht. Allein ihrer Thätigkeit ist es zu danken, daß an entscheidender Stelle die Reform eintreten und der „Wahlminister“ entlassen werden konnte. In dem Ruhmeskranz, welcher in Kaiser Friedrich den Feldherrn wie den Friedensfürsten schmückt, ist diese seine That sicher nicht das kleinste Blatt.“ Nach Beendigung des Vortrags nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, in welcher sie Herrn Brömel als Candidaten für die bevorstehende Neuwahl zum Abgeordnetenhaus aufstellte.

Stöcker und Dechend.

Obgleich Herr Stöcker in den letzten Tagen außerordentlich geschäftig gewesen ist, — vorgestern Abend hat er in zwei Versammlungen zugleich und in der einen mit großer Schärfe gegen das für die Landtagswahlen ganz überflüssige Cartell und für Erhaltung der Möglichkeit einer conföderal-clericalen Majorität gesprochen, — hat er sich gleichwohl jeder Erörterung der Fragen enthalten, mit denen sich die Berliner finanziellen Kreise anlässlich der Bemühungen des Bankpräsidenten v. Dechend um Beiträge für den Berliner Lokalverein des evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins zur Hebung des kirchlichen Nostandes beschäftigen. Wie in dem kürzlich erschienenen Auftruf zu Beiträgen für diesen Verein, hat Herr v. Dechend auch gestern in der Besprechung mit den eingeladenen Privatbankfirmen mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, jeder parteipolitische Standpunkt bei der Durchführung der Befreiungen des Vereins sei ausgeschlossen, so daß Angehörigen jeder politischen Richtung die Theilnahme möglich sei. Auf die Anwesenden — von den Eingeladenen waren nur die Hälfte, 17 Personen erschienen — scheint diese Erklärung einen befriedigenden Eindruck gemacht zu haben, so daß dieselben sich, wie in unseren heutigen Morgentelegrammen gemeldet ist, zu größeren oder geringeren Beiträgen entschlossen.

nicht besonders natürlich, die Kachearie erschien mehr theatralisch herausfordernd als dramatisch wahr im Ausdruck, wie der Sänger es in der Kerkerscene allerdings wurde. Fräul. Eben-schütz sang die Eintritts-Arie etwas aufgeregt, doch war in der ganzen Scene die Begleitung entschieden zu stark, wobei Jacquinio noch Marzelline hätte man den Text, auch wenn man ihn Wort für Wort kannte, dabei verstehen können; im übrigen sang und spielte Fräul. Eben-schütz die Marzelline ganz befriedigend. Herr Schelle gab den Jacquinio gesanglich gleichfalls zureichend und sicher, bei dem Geher, „Wenn sie mich nicht liebt, soll sie mich wenigstens heirathen“ scheint uns ein knabenhaft weinerlicher Ton nicht empfehlenswerth; die Tragik des Ganzen macht hier und überall dem Darsteller des Jacquinio doch stärkere Bedingungen, wenn selbst das Komische des Gegensatzes zwischen dem idealen und dem gewöhnlichen Liebespaar, der freilich beabsichtigt ist, in dem Ganzen noch als tragisch wirksam soll.

Durchweg gut und noch reifer und freier in der Wiedergabe als früher war der Rocco des Herrn Dilling, der in der besten Ausführung des Ganzen von Anfang bis zu Ende ein harmonisches Element gewesen wäre: sicher, fein durchdacht, sympathisch und belebt. — Der Gefangenenchor, wahrscheinlich vom Kapellmeister genug gewarnt, setzte jebeimal, wo piano steht, mit vernünftiger Fortschritt ein, so daß die wunderbare Spannung bis „in freier Luft zu leben“ und in analogen Stellen regelmäßig verloren ging; schade darum, daß die Nummer sonst trefflich ging und in diesem Jahre der Männerchor besser klang als im vorigen. Das große 2. Finale, in welchem Herr Wollers den Ferrando gut, aber etwas fühlbar vorsichtig sang, gelang gleichfalls vorzüglich, es macht aber natürlich seine herrliche befreiende Wirkung dennoch nicht so, wie wenn das Ganze vorher mit echter Tragik gegeben worden ist. — Während des ganzen ersten Drittels der großen Leonoren-Duette war die Conversation wieder sehr lebhaft und stellenweise pölig laut, ganz gegen den Respect, den man der Leistung und den man Beethoven schuldig ist;

Immerhin bleibt die Frage offen, wie es möglich ist, daß der Berliner Lokalverein Garantien für die Verwendung der Mittel geben sollte, welche der Gesamtverein s. Z. für aus-geschlossen erklärte. Bei der Constatirung dieses Vereins hat Consistorialrath Weiß einen Vortrag über die Entstehung, Bildung und die Zwecke des Vereins gehalten, in welchen ausdrücklich anerkannt war, daß der geschäftsführende Ausschuss lediglich die Aufgabe habe, Geldmittel zu beschaffen, deren Verwendung im An-schluss an die bestehenden Stadtmissionen erfolgen müsse. Daß darin eine Aenderung eingetreten sei, durch welche die Thätigkeit des Herrn Stöcker einer den Ausschluß jenes parteipolitischen Standpunktes sichernden Controle unterworfen wird, ist bisher nicht bekannt geworden. Bemerkenswerth ist es allerdings, daß dem provisorischen Comité des Berliner Lokalvereins neben allen Anhängern der Stöcker'schen Mission auch Personen angehören, welche, wie z. B. Super-intendent Dryander, bei den Verhandlungen der vereinigten Berliner Kreisynoden über die Stadtmission im Gegen-satz zu Stöcker die Nothwendigkeit des Anschlusses der Stadtmissionsarbeit an die geordneten Gemeindeorgane vertreten haben. Immerhin läßt die Klärung der Sachlage noch viel zu wünschen übrig.

Ein conservatives Urtheil über den Immediat-bericht des Reichskanzlers.

In einer Erörterung der Motive, welche Herrn Geffken veranlaßt haben möchten, das Tagebuch des Kaisers Friedrich aus dem Jahre von 1870/71 zu veröffentlichen, bemerkt die „Conservative Correspondenz“, Herr Geffken habe darauf rechnen können, daß der Freisinn jeden für den Kaiser Friedrich in Anspruch genommenen Ruhmes-titel zu einem Superlativ weiterbilden würde. Die Correspondenz fährt dann fort:

„Es ist nun schon für uns, die Conservativen sehr schwer, da, wo das Herz zum freudigen Einstimmen in dieses Preisen drängt, den Gefühlsausbruch zu moderiren und das Lob zu dämpfen, so ist vollends begreiflich, wie hart es dem ehlen Sohn eines geliebten Vaters ankommen muß, den vollen Lorbeerkranz der sich auf das Haupt des Kaisers Friedrich senkt, erst noch in irgend einem Punkte einer kritischen Prüfung und Be-anstandung unterworfen zu sehen. Dieser treue Sohn, unser Kaiser, muß zumal einem peinlichen Widerstreit der Gefühle ausge-setzt sein, wenn die Autorität des Kaisers Minister zwingt, den auf die Autorität des Kaisers Friedrich basirten Angriffen mit einer positiven Fest-stellung unliebsamen Charakters entgegenzutreten, weil er nur so dem deutschen Volke die Möglichkeit der Entstehung von Mißverständnissen und schiefen Urtheilen klar machen kann, durch die dessen patriotische Empfin-dungsweise verwirrt und das Bild der großen Männer einer großen Zeit, aus deren Andenken der nationale Puls-schlag immer neue Kraft gewinnt, getrübt wird.“

Selbst die „Conf. Corr.“ hat demnach für die in dem Immediatbericht enthaltene Behauptung, Kaiser Wilhelm I. habe die Mittheilung von Staatsgeschäften an den damaligen Kronprinzen wegen dessen Vermandtschaft mit dem britischen Hof unter-jagt, keinen anderen Grund aussfindig machen können, als daß der Kronprinz in seinem Tagebuch Mittheilungen gemacht habe, durch welche das Bild der großen Männer einer großen Zeit, u. a. des Fürsten Bismarck, getrübt wird. Das zu verhindern aber forderle die — Staatsraison!

Der ostafrikanische Bierwarr.

Seitens der ostafrikanischen Gesellschaft gesteht man jezt ein, daß Drahtberichte über die Vor-gänge an den Rüssen vorliegen, aber, sagt man, seine Meisterschaft. C. F.

Jahresversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.

Berlin, 11. Oktober.

In der heutigen zweiten Sitzung bildete das Thema: „Die Gefeseshunde und Volkswirth-schaftslehre als Gegenstand des Unterrichts“ den Gegenstand einer ca. 3stündigen, recht leb-haften Verhandlung. Ein kleines Vorpiel hatte dieselbe vor ca. 8 Tagen in der Berliner Stadt-verordneten-Versammlung gehabt, in welcher von dem bekannten Rechtsanwalt Dr. Friedemann-Berlin ein diese Angelegenheit der Berliner Schul-Ver-waltung zur Erwägung unterbreitender Antrag eingebracht, aber nach lebhafter Bekämpfung durch den Abg. Dr. Alexander Meyer abgelehnt wurde. Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung hat sich mit dieser Materie, und zwar in zwei ge-trennten Verhandlungsgegenständen, auch schon auf der vorjährigen Versammlung in Coburg beschäf-tigt und damals die Berücksichtigung von Gefeseshunde bei dem Unterrichts in der Fortbildungsschule empfohlen, namentlich aber ein geeignetes Lehr-buch für dieses Gebiet als eine sehr ersprießliche Aufgabe für die Fachliteratur bezeichnet. In Bezug auf die Volkswirtschaft liegt die Sache noch viel schwieriger und man war sich in Coburg nur darin einig, daß sich dieser Gegenstand keines-wegs als besonderer Unterrichtsgegenstand für Volksschulen eigene, selbst in Fortbildungsschulen nur in sehr beschränktem Maßstabe und nach sehr sorgfältiger Sichtung zu behandeln sei. Die heutige Verhandlung bildet daher nur eine Fortsetzung früher begonnener Arbeiten der Gesellschaft. Der erste Referent, Herr Stadtsyndikus Dr. Eberth-Berlin hob noch Recapitulation des Re-sultats der früheren Verhandlungen hervor: Ueber diesen Gegenstand könne die Gesellschaft ver-handeln, weil sie frei sei von allen Partei-bestrebungen. Wäre dies nicht der Fall, so würde sie sich mit demselben nicht befassen. Auch die Lehrerkreise hätten sich eingehend mit dem Gegen-

Stadt-Theater.

Die erste Aufführung des „Fidelio“ in dieser Saison hatte zwar alle Vorzüge, welche durch all-seitige volle Sicherheit und Reinheit im Gesang wie im Orchester und dessen Leitung herbeigeführt werden können. Aber so viel dies ist, und so günstig es namentlich auch auf die Ensembles einwirkte, es ist nicht genug, um der Aufführung auch den Beethovenschen Geist zu sichern; wir er-innern uns verschiedener Aufführungen des „Fi-delio“ in demselben Hause, die Einzelnes immer-hin ausgenommen, doch durchaus von höherer Weihe durchdrungen waren. „Fidelio“ ist ein Unikum in der Ghrlichkeit, dem Ernst und der Wärme der Empfindungen und ihres Aus-druckes. Dieses Werk kann und will nicht im gewöhnlichen Opernsinne aufgefaßt sein. Der Kapellmeister ist freilich in den herkömmlichen Bühnenvorhältnissen nicht in der Lage, wenn er eine edlere Auffassung hat, sie auch durchweg geltend zu machen; er hängt vor allem von der Darstellerin der Titelrolle ab und muß im großen und ganzen, in Stil und Geist den Fidelio so nehmen, wie sie ihn mitbringt. Was uns Fräul. Roghelle aber mitgebracht hat, ist mit allen jenen Vorzügen, die wir bereits nannten, kein Beethovenscher Fidelio. Vor allem schon nicht in der Erscheinung. Daraufhin, daß der Zuhörer von heute ohnehin weiß, Fidelio ist ein Weib, darf doch die Möglichkeit, es zu glauben, nicht ganz preisgegeben werden: es soll nicht nur dem Auge eines Kerkermeyers entgegen, daß er kein Mann ist, sondern selbst die Liebe seiner Tochter soll ihn für einen Mann, und zwar für einen Mann aus gleichem Stande halten können. Ist dies etwa noch möglich, wenn er oder vielmehr sie vornehm und „patent“ gekleidet auftritt? Sagen mag ferner die Sängerin des Fidelio so schon wie sie will: wenn ihre Prosa plaudert, wird es vergeblich sein. Es ist jedoch auch an sich nicht möglich, daß die Sängerin den gesang-lichen Theil im Geist der Dichtung und des Com-ponisten auffaßt, wenn ihre Sprache so das Gegen-theil fortwährend bekundet. Vom ersten Augenblick an muß auf dieser der Hauch des Tragischen ruhen;

das Tempo derselben muß gedrückt, der Klang gedämpft sein, wie es innerhalb der Darstellung der Umgebung gegenüber noch ganz wohl möglich ist. Fidelio, in die Kerkerscene eintretend, spricht bekanntlich „Wie halt ist es in diesem unter-irdischen Gewölbe“ — im Ton und Vortrag dieser Worte muß das namenlose Weh, mit welchem Leonore ihre Aufgabe hier beginnt, den Zuhörer sofort bis ins innerste Erfassen können: zwischen den Accenten auf „halt“ und „Gewölbe“ legen aber elf presto in einem Ton parlieire kurze Silben — und dann ist es mit aller Illusion vorbei. So bewies denn auch die große Arie „Abscheulicher wo elbst du hin“, daß Fräul. Roghelle nicht in den Geist und die tragische Tiefese des Werkes und der Rolle eingedrungen ist; ihre Mittel würden es ihr wohl erlauben, den Timbre der Stimme hier entsprechend dem großen Reich-thum wechselnder Empfindung zu variiren; es bemendete aber durchweg bei einförmiger Virtuosität, die gelegentlich bei den Worten „Könnt ich zur Stelle bringen“ das hohe h voll und stark noch einmal andrachte, welches Beethoven als höchsten Punkt ganz richtig symbolisch dem Wort „erreichen“ vorbehalten gemollt hat. („Mein Ziel“... „die Liebe wird's erreichen“) Höchstens in kurzer und schneller Coloratur statt der Fermate es noch einmal zu berühren, wäre als erlaubt denkbar. Der noch jugendlichen Sängerin wird ihre hohe gesangliche Begabung und Fertigkeit es sicher erleichtern, ihren Studien die Richtung nach der Tiefe des Gefühls-Ausdruckes zu geben.

Den Florestan zeichnete Herr Fihau in der ersten Hälfte der großen Arie zwar etwas stark als fresco, was Tonfärbung betraf, aber es war wohlthuend, in ihm sofort der Gesundheit und Kraft der Empfindung zu begegnen; mit der zweiten Hälfte der Arie wurde er auch musikalisch feiner und reicher und blieb auf der Höhe der Virtuosität wie des Ausdruckes in dem großen Duett „O namenlose Freude“, gesanglich von Fräul. Roghelle trefflich secundirt, nur daß der wieder-gekommene Gatte kaum einen Blick von ihr er-hielt. Herrn Krieg ist die Rolle des Pizarro, für welche zuerst Herr Städing angemeldet war,

dieselben seien zu unklar, man müsse briefliche Mitteilungen abwarten, die noch nicht eingetroffen seien. Darnach scheinen nur die für Deutschland bestimmten Briefschaften noch rückständig zu sein. Französische Blätter sind in dieser Hinsicht besser daran. So deutet der „Temps“ an, die deutsche Gesellschaft wolle zunächst Ersuchen an den Sultan von Zanzibar geltend machen. Man würde dabei von der Voraussetzung ausgehen, daß der Sultan thätiglicher Besitzer des Küstengebiets ist und daß derselbe sich vertragsmäßig verpflichtet habe, der deutschen Gesellschaft die Verwaltung desselben zu überlassen. Sollte man an dieser Voraussetzung von vornherein festgehalten, so wären die beunruhigenden Vorgänge wohl vermieden worden. Constatirt doch der „Temps“, daß der Aufstand in Pangani und Tanga ausgebrochen sei, wo die Araber und die Eingeborenen sich der Hülfe der deutschen Flotte widersetzt hätten. Damals also — Mitte August — gingen die Beamten der deutschen Gesellschaft von der Voraussetzung aus, daß das in Rede stehende Gebiet aufgehört habe, der Souveränität des Sultans von Zanzibar unterworfen zu sein. Immerhin wird, falls man deutscherseits — was doch hoffentlich ausgeschlossen ist — eine regelrechte Eroberung des ganzen Küstengebiets unternimmt, die Wiederherstellung der Autorität des Sultans der nächste Weg zur Unterdrückung des Aufstandes sein.

Daß eine rasche Entwicklung in dieser Richtung nicht zu erwarten ist, scheint man sich nicht zu verhehlen, da die Möglichkeit angedeutet wird, die Emin Pascha-Expedition nicht von der Zanzibarküste, sondern von der Witu-Küste aus ins Werk zu setzen. Damit würde der Zusammenhang der Emin Pascha-Expedition mit der ostafrikanischen Gesellschaft gewiß nicht zum Nachtheil der ersteren gelöst werden.

Uebrigens bestätigt heute auch unser Berliner Correspondent die Meldung der „Pol. Nachr.“, daß der Reichstag nicht, wie ein Berliner Blatt behauptet hatte, wegen der ostafrikanischen Frage früher als ursprünglich beabsichtigt berufen werden soll. Als frühesten Termin für die Einberufung des Reichstags ist und bleibt der 20. November im Auge behalten. Eher könnte sich die Berufung noch um einige Tage verzögern, und bezüglich des Fürsten Bismarck will man auch nicht an eine Verschiebung der bisherigen Dispositionen glauben, wonach die Rückkehr des Fürsten zu den Geschäften nach Berlin, wie in den letzten Jahren, sich bis zu Ende dieses oder gar erst zu Anfang des folgenden Jahres verzögern würde.

Die Hochwassergefahr in Schlesien.

Die hydrotechnischen Untersuchungen über diejenigen Maßnahmen, welche zur Verhütung der Wiederkehr von Hochwasserschäden, wie sie in dem laufenden Jahre wiederholt die an das Riesengebirge angrenzenden Gebiete betroffen haben, in Aussicht zu nehmen sind, haben ihren Abschluß zwar noch nicht erreicht. Soviel aber darf schreiben die „Pol. Nachr.“, schon jetzt als feststehend angesehen werden, daß die verschiedenen in der Presse vorgeschlagenen Abhilfsmittel auch nicht entfernt in dem vorausgesetzten Umfange werden Anwendung finden können, und daß die Lösung der gestellten Aufgabe ungleich schwieriger ist, als sie gewöhnlich angesehen wird. Inzwischen wird mit allem Nachdrucke dafür gefordert, daß bei der Wiederherstellung der Zustände der beschädigten Anlagen oder Bauten den Bedürfnissen ungenügender Wasserabflusses in vollem Umfange Rechnung getragen wird; dabei wird nicht allein die Mitwirkung der Polizeibehörde in vollem Umfange in Anspruch genommen, sondern es wird auch dafür gefordert, daß den Unternehmern der erforderliche hydrotechnische Beirath nicht fehlt. Zu diesem Behufe ist ein besonderer Wasserbautechniker in der betreffenden Gegend stationirt, welcher jenen Leuten mit Rath und Anweisung behilflich sein soll.

Ferner sind die Einleitungen getroffen, um, wenn nöthig, auch jenen Gebieten die zur Erhaltung im Nahrungszustande erforderliche Beihilfe zu sichern. Beschlüsse hierüber sind jedenfalls noch nicht gefaßt.

Die englische Armee

nimmt ihrer Zahl nach unter den Heeren der europäischen Großmächte bekanntlich den allerhöchsten Platz ein. Da aber das britische Weltreich zum Hauptstummelplatz seiner Streitkräfte nicht

flande beschäftigt, in Fachzeitschriften und in Versammlungen. Eine provinzielle Versammlung von Lehrern in Wiesbaden habe die Wichtigkeit des Unterrichts in der Volkswirtschaftslehre anerkannt und stimme darin mit den Beschlüssen der Gesellschaft überein, daß sie den Unterricht in die Fortbildungsschule verlegen wolle. Auch der deutsche Lehrertag habe auf ein Referat des Coburger Theaters der Gesellschaft gestellt und fordere Einführung des Unterrichts in die Seminare. In anderen Ländern, z. B. England, Frankreich, Schweiz, in einzelnen Staaten von Nordamerika, würden beide Gegenstände in den Schulen gelehrt. In einer Zeit, wo die wirtschaftlichen Fragen eine große Rolle spielen, wo man übereinstimme in der Ansicht, daß nur wirtschaftlich gebildete Völker eine Bedeutung haben können, sei die Frage sehr wichtig, was der Bürger für Rechte und Pflichten habe und was er thun müsse im Kampfe um's Dasein. Darüber könne kein Streit sein, daß jeder sich mit den Verfassungen und Rechtsfragen beschäftigen müsse, ebenso wie mit den wirtschaftlichen Erscheinungen. Pflicht der Gesellschaft sei nach der obigen Statutenbestimmung, ihre Mitglieder hierbei zu unterstützen und überhaupt im Volke diese notwendigen Kenntnisse zu verbreiten. Schwierig sei es freilich, über das Privatrecht richtige Anschauungen zu verbreiten. Das öffentliche Recht sei leichter begreiflich zu machen. Es sei aber auch notwendig, daß ein jeder die wichtigsten Grundzüge des öffentlichen Rechts kennen lerne: das Verfassungsrecht, das Strafrecht, so weit es ein Schöffe oder Geschworener kennen müsse, das Handels- und Wechselrecht. Die Kenntnisse dieser Gegenstände halte er unbedingt für erforderlich. Auf die Volkswirtschaftslehre übergehend, bemerkt Redner, daß Veränderungen im Preise der Rohprodukte auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des „kleinen“ Handwerkers Einfluß hätten, ebenso gut wie auf die des großen Kaufmanns. Was müsse aber häufiger davon, der ein Geschäft oder einen Laden eröffne? Die elementarsten Kenntnisse fehlen oft denen, welche sie am meisten

sowohl das Festland, sondern die See erwählt hat und seinen Stolz darin setzt, als „Königin des Meeres“ zu gelten, so ist die öffentliche Meinung Englands wegen der numerischen Unbedeutendheit des Landheeres um so leichter getrübt, als es jenseits des Canals für ein nationales Dogma gilt, daß die Armee durch ihre Qualität ersehe, was ihr an Quantität mangelt.

Der soeben veröffentlichte militär-statistische Ausweis pro 1887 bezieht sich auf den Effectivstand des Landheeres am 1. Januar v. J. auf 211 021 einschließlich des Offiziercorps. Von dieser Gesamtzahl garnisonirten 107 270 Mann im vereinigten Königreich selbst, 28 035 allein in Irland, 4738 entfielen auf das ägyptische Besatzungscorps; 25 848 standen in den Colonien außer Indien; Indien selbst war mit 72 345 Mann besetzt, der kleine Rest von 820 Mann befand sich auf dem Sin- beyin. Herwege nach oder von Indien und Aegypten. Im allgemeinen ziehen die Londoner Blätter aus den ziffermäßigen Angaben der in Rede stehenden Heeresübersicht günstige Schlussfolgerungen; namentlich constatiren sie mit Begeisterung, daß die Armee zahlreicher war als je zuvor, und daß Desertion sowie andere Verbrechen unter der Fahne eine abnehmende Tendenz bekunden, bei erhöhtem Erziehungszustande. Was ihnen hingegen minder gefällt, ist der bemerkbar hervortretende Rückgang der Rekrutenziffer, dem Abhilfe geschaffen werden muß, wenn das Heer sich auf seiner jetzt erreichten ziffermäßigen Höhe behaupten soll.

Ein weiterer, nachdrücklich bemängelter Punkt betrifft den unzulänglichen Bestand an Cavallerie-pferden. In der That hat der an sich schon auffallende Unterschied zwischen den Präferenzjahren von Cavalleriemannschaften und Pferden in dem letzten Jahre noch zugenommen. Denn während 1880 auf einen Effectivstand der Garde- und Linien-cavallerie von 17 724 Mann einschließlich der Offiziere nur 11 714 Pferde kamen, stieg inzwischen die Mannschafsziffer auf 19 260 Mann, bei sich gleichbleibendem Pferdebestand. Es ist unzweifelhaft eine Schwäche der englischen Heeresorganisation, die ihre ersten sachlichen Bedenken hat, und deren Remedur von den cavalleristischen Autoritäten oft genug, aber immer erfolglos, in Anregung gebracht worden ist. Indes scheint es, als ob die neuesten, von der deutschen Praxis geleiteten Fortschritte in der strategischen und factischen Ausnutzung der Cavalleriewaffe auch den Engländern einzufließen beginnen. Wenigstens ertönt der Ruf nach zeitgemäßer Reorganisation der Cavallerie lauter und lauter, und man wird sich wohl oder übel zu finanziellen Zugeständnissen an den Etat des Landheeres für den beregten Zweck herbeilassen müssen.

Unter den Polen Oesterreichs

rührt sich mitunter etwas wie Reue über das Zusammengehen mit Tschechen und Slowenen, ihren panslawistischen Freunden. So mahnt jetzt der Krakauer „Przeglad polski“, ein angesehenes Blatt, von Tarnowski, Potoki und Bobrynski herausgegeben, die Polen müßten das Bündniß mit den Tschechen aufgeben, falls nicht die jungtschechische Agitation und die panslawistischen Umtriebe unterdrückt werden und die Tschechen sich fernerhin in die Zustände in der ungarischen Reichshälfte mischen, sowie das deutsch-österreichische Bündniß bekämpfen.

Unter den Mirditen.

Die zur Beilegung der Blutsfesse zwischen den Mirditen und den anderen Gebirgsstämmen von der Pforte eingesezte Commission entschied dahin, daß die Mirditen die auf ihren Zügen geraubten Heerden den früheren Besitzern juristisch stellen müßten; im Weigerungsfalle würden türkische Truppen deren Gebiet besetzen. Die Unterhändler der Mirditen zogen sich in die Berge zurück, von wo aus sie die Antwort des Stammes bekanntgeben werden. Man befürchtet in Scutari, daß dieselbe abschlägig lauten werde.

Deutschland.

Berlin, 11. Okt. Aus London geht der „Post.“ folgende Depesche von heute zu: Dem Hofbericht zufolge wird nach den bis jetzt getroffenen Bestimmungen die Kaiserin Friedrich nach der Rückkehr des Hofes aus Schottland die Königin im November in Windsor besuchen. — Einer Drahtmeldung aus Athen zufolge wird die Vermählung des Kronprinzen von Griechenland mit der Prinzessin Sophie im Oktober 1889 statt-

nötig hätten. In England existirten ganz vorzügliche Zeitschriften über die Volkswirtschaftslehre, die sehr leicht zu verstehen seien. Was in England möglich sei, daß müßten auch wir durchsetzen können. Man wende ein: was ist in der Volkswirtschaftslehre unverständlich? Aber die Volkswirtschaftslehre enthalte eine Anzahl von Lehrgängen, die ganz außerhalb des Gebietes der Parteien liegen. Es sei möglich, ohne Parteistendenz klar zu machen, was Geld, Arbeitslohn, Tauschwerth etc. sei, alles an der Hand konkreter Fälle. Der Redner hält Kenntniß der wichtigsten Grundzüge des öffentlichen Rechts, wie die Bekanntheit mit den wichtigsten Thatfachen der Gütererzeugung, Güterbewegung und -vertheilung für einen unentbehrlichen Bestandtheil der Volksbildung. Der Unterricht sei nach freier Wahl der Schüler in Fortbildungs-schulen, freien Vereinen von gehörig vorgebildeten Lehrern nach geeigneten Handbüchern und mit völliger Tendenzlosigkeit zu erteilen. Der Referent schlägt eine in diesem Sinne abgefaßte Resolution vor.

Der Correferent Dr. Alex. Meyer-Berlin steht auf dem Standpunkte, daß der Unterricht in der Volkswirtschaftslehre in jedem Institute, welches auf einem niedrigeren Niveau stehe als die Universität, vom Uebel sei, mindestens keinen Nutzen bringe. Die Schule sei nicht das einzige Mittel, um Bildung zu erwerben; die Druckerschwärze müsse aushelfen. Jeder müsse sich aus geeigneten Werken über die beiden Gegenstände unterrichten; die Neigung dazu würde aber unterdrückt durch einen zu frühzeitigen Unterricht. In der Fortbildungsschule müßten bei dem Unterricht in der Buchführung auch die rechtlichen Seiten der Buchführung wie des Handels zur Geltung kommen. Wenn man aber einzelne Rechtsätze dogmatisch vortragen wolle, so sage er: fort mit dem das Gedächtniß belastenden Unterricht, bei dem die einzelnen Fälle wie Pillen heruntergeschluckt werden müßten. Der Unterricht würde geisttöbend wirken. Daß das Privatrecht ausgefloßen würde, sei selbstverständlich. Raum ein Gymnasial-Abiturient sei im Stande, das Studium derselben aufzunehmen. Der Fortbildungsschüler könne nicht die den Gelehrten zu Grunde

finden. Die Trauung soll in der Kathedrale zu Athen nach griechischem Ritus vollzogen werden. Kaiser Wilhelm werde der Hochzeit beizuwohnen und von einem deutschen Geschwader nach Athen begleitet werden.

* [Das Tagebuch Kaiser Friedrichs.] Im Verlage von George Routledge u. Sons, London, ist soeben eine vollständige englische Version des Tagebuches des Kaisers Friedrich in einer billigen Taschenausgabe erschienen. Das Büchlein ist mit einer Einleitung des früheren Chefredacteurs der „Daily News“, Mr. H. W. Lucy, versehen, welche mit folgenden Betrachtungen schließt:

„Bon wem auch das Tagebuch an's Tageslicht gebracht worden sein mag, so wird sein Werth für den Leser von heute und den Geschichtsschreiber der Zukunft unerschütterlich bleiben. Es wirft ein klares Licht auf einige dunkle Stellen einer wichtigen Epoche und bestärkt den Eindruck, daß der frühe Tod des Kaisers Friedrich aus der Reihe der gekrönten Häupter Europas einen Mann von seltener Charakter-Einfachheit entwarf, dessen erster und vorwiegender Gedanke stets der war, wie er die hohen Pflichten, zu deren Erfüllung er durch den Zufall der Geburt berufen worden war, am besten erfüllen könnte.“

Dem Werke ist eine englische Uebersetzung des Immediatberichts des Fürsten Bismarck an den Kaiser Wilhelm II. sowie ein Inhaltsverzeichnis angehängt.

* Berlin, 12. Oktober. In den letzten Tagen ist wieder mehrfach von den Erträgen unserer Auenbänke die Rede gewesen. Die Untersuchung der schleswig-holsteinischen fiscalischen Auenbänke hat ergeben, daß die Mehrzahl derselben, besonders die des nördlichen Gebiets, östlich von Gylt und nördlich von Töhr und Amrum, sich vorzüglich erholen haben. Es sind soviel halbwegsige Auen vorhanden, daß nach Ablauf einer fernerer Schonzeit von 3 Jahren die regelmäßige Abfischung einer durch Nachwuchs wieder erschaubaren Anzahl wird beginnen können. Der Versuch, amerikanische Auen bei Schleimünde anzubilden, ist noch nicht zu Ende. Die ausgelegten Auen hatten keine Brut erzeugt. Sie sahen auch nicht so voll aus, wie trüchtige Auen unserer einheimischen Bänke, doch lebten noch so viele, daß sie genügen, um ein Urtheil darüber zu gewinnen, ob in der Ostsee nord-amerikanische Auen mit Gewinn gezogen werden können.

* [Eine Vertrauensmännerversammlung der deutschfreisinnigen Partei der Provinz Sachsen] ist in Uebereinstimmung mit dem geschäftsführenden Ausschuffe der deutschfreisinnigen Partei zur Besprechung über die bevorstehenden Landtagswahlen auf Sonntag, den 14. Oktober, in Halle a. S. anberaumt. Dieser Besprechung wird der Abg. Richter namens des geschäftsführenden Ausschusses beiwohnen. Im Anschluß daran findet eine vom liberalen Wahlverein berufene öffentliche Wähler-versammlung statt, zu welcher der Abg. Richter einen Vortrag zugesagt hat.

* [Douglas' Reise nach Rom.] Die „Arenz.“ schreibt gegenüber der Nachricht, daß Graf Douglas in Folge seiner bekannten Wahrheide vom Kaiser nach Rom berufen sei: „Es steht fest, daß die Reise des Grafen Douglas nach Rom mit seiner Rede nicht den geringsten Zusammenhang hat und von ihm beabsichtigt war, lange bevor er die Rede in Athesien hielt.“

* In Halle hat ein Bürger (wahrscheinlich der große Braunkohlenindustrielle Riebeck, dessen jüngerer Bruder als Weltreisender Verdienste erworben hat, aber bereits gestorben ist) für das Emin Pascha-Unternehmen 150 000 Mk. gezeichnet.

Baden-Baden, 11. Okt. Die Kaiserin Augusta ist heute hier eingetroffen, um der Herzogin von Hamilton an deren heutigen Geburtstag einen Besuch abzustatten. Gleichzeitig mit der Kaiserin waren auch alle hier anwesenden Mitglieder der großherzoglichen Familie sowie andere Fürstlichkeiten bei der Herzogin versammelt. Das Befinden der Herzogin hat sich gebessert.

England.

* Die Londoner Blätter erfahren, beabsichtigt die Kaiserin von Oesterreich diesen Winter England wieder zu besuchen. Zu Weihnachten wird die hohe Frau einige Zeit in Bournemouth zubringen, welches voriges Jahr ihrer Gesundheit sehr zuträglich gewesen war.

London, 12. Oktober. Der Verband der Kornmüller beschloß in seiner gestern in Leeds abgehaltenen Wochenversammlung, den Preis von Wehl um 1 Schilling 6 Pence per Sach von 18 Stein aufzuschlagen. Dies macht eine Preis-

liegenden Ideen begreifen; es würde der Unterricht auch nicht Gemüth und Herz bilden. Ueber das öffentliche Recht, über die Vorgänge bei Wahlen etc. könne man sich aus der Zeitung unterrichten. Wer den Zeitungsartikel nicht liest, den er sieht, würde nicht in die Fortbildungsschule gehen, die er nicht sieht. Und man könne nicht Verhaltensmaßregeln für jeden Fall geben. Die Volkswirtschaftslehre hatte auch er für die Lehre vom gefunden Menschenverstand, wenn man aus dem Unterricht auf den Universitäten oft auch nicht diese Anschauung bekomme. (Heiterkeit.) Und um den gefunden Menschenverstand zu lehren, diese paar Stunden! Nein, Volkswirtschaftslehre lehre, heiße volkswirtschaftlich denken, den Zusammenhang von Ursache und Wirkung erkennen lehren. Den Unterricht könne nur jemand erteilen, der die Verhältnisse des Lebens wirklich kenne. Anleitung zu dem Denken könne auch in der Schule gegeben werden, dazu biete sich ja so vielfach Gelegenheit. Der Lehrer könne bei jedem Gegenstand übergehen auf die in das Bereich der Volkswirtschaft fallenden Dinge; da könnten die Schüler durch eigenes Nachdenken lernen. Redner wünscht, daß die Schule auf anschaulichem Wege volkswirtschaftliche Kenntnisse verbreite. Man solle nicht Kindern und jungen Leuten Dinge vortragen, die entweder unrichtig sind, oder richtig, aber durch höheren Befehl bestritten sind. Redner bittet keine Resolution zu beschließen.

Der Vorlesende, Abg. Richter, ist der Ansicht, daß die beiden Referenten dasselbe wollten, nur über die Mittel gingen ihre Meinungen auseinander. Einigen würde man sich erst, wenn der Plan zu einem Lehrbuche vorläge. — Rechtsanwält Dr. Friedemann spricht seine Verwunderung über die ablehnende Haltung des Herrn Dr. Meyer in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung aus, wenn er den heutigen Standpunkt desselben betrachte. Wenn nebenbei im Unterricht auf die Volkswirtschaftslehre eingegangen werden solle, so sei doch Vorbedingung, daß die Lehrer in dem Gegenstande zuvor unterrichtet seien. Gute Lehrbücher seien leicht zu beschaffen, weil in anderen Ländern

erhöhung von 8 Schilling 6 Pence per Sach in 8 Wochen aus. Die hohen Preise von amerikaischem Weizen und die dürftige Qualität des englischen Weizens bilden die Ursachen der rapiden Preisserhöhung.

— Einer Drahtmeldung aus Athen zufolge kaperie das englische Kriegsschiff „Osprey“ am 16. September auf der Höhe von Mocha drei Sklavenschiffe mit 204 Sklaven an Bord. In dem Kampfe, welcher sich dabei entspann, blieben die Capitäne der zwei Sklavenschiffe; außerdem wurden vier Sklaven und vier andere Personen verwundet.

Von der Marine.

8 Kiel, 10. Oktober. Von anderer Seite wird gemeldet, das Schulgeschwader habe Ordre erhalten, sich nach Ostafrika zu begeben. An kompetenter Stelle ist in Kiel hiervon nichts bekannt. Durch heute hier eingetroffenen Admiraltätsbefehl ist es dem Befehlshaber des Geschwaders überlassen, auf der Reise vom Gibraltar nach Athen diejenigen Häfen anzulassen, welche er für gut befindet.

Am 13. Oktbr. Danzig, 12. Oktbr. M. A. B. 2 age, S. A. 623, U. 53. Weiterausgaben für Sonnabend, 13. Oktober, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Früh kalt bei Dunstnebel und den ganzen Tag kühl; Haften, stark wolkig, regendrohend, vielfach trübe mit Niederschlägen, Nachts mäßig feuchthalte. Schwache bis mäßige lebhafteste Ostbewegung.

* [Sturmwarnung.] Ein Telegramm der Hamburger Seewarte von heute Mittags 12 Uhr meldet: Ein barometrisches Minimum über Südskandinavien, sowie ein Theilminimum über der südlichen Nordsee macht an der deutschen Küste stellenweise starke südwestliche Winde und deren weiteres Ausfließen wahrscheinlich. Die Küstenstationen haben den Signalball aufzuleben.

* [Getreidezufuhr.] Die Getreidezufuhr nach dem hiesigen Plage hat sich in den letzten Tagen sehr gehoben. Am 10. trafen 153, am 11. 122 und heute 147 Waggons Getreide ein. Um die rechtzeitige Entladung dieser Sendungen zu ermöglichen, wird von heute ab eine Frühbörse abgehalten.

* [Von der Weichsel.] Plehnendorf, 12. Oktbr. Heutiger Wasserstand am Oberpegel 3,70, am Unterpegel 3,68 Meter.

* [Ordnungsverleihung.] Dem kgl. Bahnmeister Schmidt hier ist bei seiner Beförderung in den Ruhestand der Kronenorden 4. Klasse verliehen worden. Hr. Schmidt hatte schon am 2. August 1877 sein 25jähriges Dienstjubiläum gefeiert, und wir hatten damals schon Gelegenheit genommen, auf sein langjähriges verdienstvolles Wirken hinzuweisen.

* [Personalien.] Der seitherige kgl. Meliorations-Bauinspector der Provinz Westpreußen Aloisius Fahl in Danzig ist auf seinen Antrag vom 1. d. Mts. ab in den Ruhestand versetzt, und ist die Verwaltung der kgl. Meliorations-Bauinspektion zu Danzig einstweilen dem kgl. Regierungsbaumeister Fahl dafelbst übertragen worden.

Der Rechtsanwält Rath in Marienburg ist zum Notar für den Bezirk des Oberlandesgerichts Marienwerder mit Anweisung seines Wohnsitzes in Marienburg ernannt worden. — Die Referendarien Rath aus Marienburg und Seidenfeld aus Thorn sind zu Gerichts-assessoren ernannt worden. (N. M. M.)

* Rendevous zur Schlepplagd des Danziger Jagd- und Reiter-Vereins: Morgen, den 13. Oktober cr., Nachmittags 2 Uhr am Schnittpunkt der Wege Dittmarthof, großer Exercierplatz — Conradshammer.

* [Ornithologischer Verein.] Der ornithologische Verein hielt gestern unter dem Vorstehe des Herrn Canbes - Bau - Inspector Breda seine erste diesjährige Winterversammlung ab. Nachdem der Vorlesende die Mittheilung gemacht hatte, daß auch in diesem Jahre verschiedene Beiträge gehalten werden würden, stattierte Herr Eschenbach einen Bericht über die von dem Vereine im Laufe des Sommers veranstalteten Excursionen ab. Es wurde sodann eine aus den Herren Moschowitz, Dörmesh, Giesbrecht und Eschenbach bestehende Commission gewählt, welche einer im nächsten Monat einzuberufenden General-Versammlung nähere Vorschläge betreffs einer Geflügelausstellung, welche im Monat März stattfinden soll, zu machen hat. Die Beschlußfassung darüber, ob der Verein dem deutsch-österreichischen Geflügel-Club, dessen Bestrebungen auf die Züchtung reiner Geflügelrassen gerichtet sind, als Mitglied beitreten soll, blieb gleichfalls der nächsten Versammlung überlassen.

* [Danziger Turn- und Fecht-Verein.] In einer gestern Abend abgehaltenen Vorstandssitzung wurde beschloffen, den 18. Oktober als den Geburtstag des unergelichen Kaisers Friedrich und zur Erinnerung

schon vorhanden. Dieselben sollten keineswegs dogmatisch sein; auch die vorhandenen Bücher seien es nicht. Redner beantragt, den Central-ausschuff zu ermächtigen, veranschaulichte Curse zur Ausbildung von Lehrern in der Geßeskunde einzurichten. — Abg. Schrader-Berlin: Wenn alle Lehrer die Gegenstände gut behandelten, würde die jetzt vorhandene Calamität nicht bestehen. Jetzt aber sei die ungebildete und mindestens ebenso sehr die gebildete Jugend meist ohne alle Kenntnisse der Volkswirtschaft und Geßes. Es gäbe unbestrittene Gebiete, die wirtschaftlichen Thatfachen und die Kenntniß der Staats-einrichtungen. Wichtiger als ein „Unterricht“ sei die Einführung ins praktische Leben. Diese sei schwer zu geben. Es müsse damit aber frühzeitig angefangen werden. Die Kinder müßten früh in wirtschaftliche Leben hineingeführt, in die Wirklichkeiten der Handwerker geführt werden. — Nachdem noch Abg. Brömel sich im Sinne des Friedemann'schen Antrages geäußert und mehrere andere Redner sich gleichfalls für vorläufige Versuche namentlich zur Ausbildung geeigneter Lehrer ausgesprochen, einigen sich sowohl die beiden Referenten wie die ganze Versammlung über folgende Resolution, welche nunmehr einmüthig zur Annahme gelangt:

„Indem die Generalversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung anerkennt, daß Kenntniß der wichtigsten Grundzüge des öffentlichen wie des Handels- und Wechselrechts, auch Bekanntheit mit den wichtigsten Thatfachen und Gesetzen der Gütererzeugung, von deren Bewegung und Vertheilung einen unentbehrlichen Bestandtheil der Volksbildung darstellen, ermächtigt die Generalversammlung den Central-ausschuff, veranschaulichte Curse zur Ausbildung von Lehrern in der Geßeskunde und der Volkswirtschaftslehre einzurichten und aus den Mitteln der Gesellschaft bis zu 500 Mk. hierfür zu verwenden.“

Es folgte noch eine kurze Verhandlung über die Auswähl der in den Vorträgen der Vereine zu behandelnden Gegenstände, worauf der Vorlesende Abg. Richter die Jahresversammlung in üblicher Weise schloß.

Re-Akten. 1887.		Wübelmshütte	106 25	—
128 50	5	Oberhofel, Altenb.-B.	113 75	—
177 80	9			
99 40	43/4			
	39/10			
111 30	5	Berg- und Güttengeellschaften.		
—	9/2	Div. 1887.		
164 50	7	Porta. Union-Bab.		
133 00	7	Abnigs- u. Carabühne	135 00	5/2
173 00	7	Stolberg, Zink	52 00	1
122 90	7	St.-Dr.	—	6
141 70	6 1/2	Victoria-Hütte	—	—
109 25	5/20			
239 60	10			
75 00	—			
132 75	6	Wechsel-Cours vom 11. Oktober.		
113 50	6	Amsterdam	8 Lg.	2/2 168 80
	5	do.	2 Mon.	2/2 168 10
168 75	5 1/4	London	3 Lg.	5 20 455
102 50	5	do.	3 Mon.	5 20 26
178 10	4 1/2	Paris	8 Lg.	4 1/2 80 60
168 90	8 1/2	Brüssel	8 Lg.	4 80 45
36 25	2 Mon.	do.	2 Mon.	4 80 60
117 00	5/2	Wien	2 Mon.	4 87 55
119 10	8 1/2	do.	2 Mon.	4 166 55
140 10	8 1/2	Petersburg	3 Mon.	5 213 60
100 00	4	do.	3 Mon.	5 215 50
123 80	6 1/2	Barikau	8 Lg.	5 219 40
		Discont der Reichsbank 4 %.		
		Sorten.		
138 50	12	Rußland	—	—
128 00	10	Coercians	20 42	16 16
8750	65	20-Franc-St.	—	—
159 80	30	Imperials per 500 Fr.	4 175	20 47
75 25	9	Dollar	80 60	—
107 00	35/6	Englische Banknoten	—	—
168 00	12	Französische Banknoten	—	—
266 00	12	Deutsche Banknoten	—	—
116 70	5	do.	—	—
		Russische Banknoten	—	—

